

Glosse Politik

Wenn die Politik sich still und leise selbst abschafft

BARBARA TÓTH

Es sind nur zwei Kleinigkeiten, aber wie so oft sagen Details mehr als als vermeintlich wichtige Großereignisse. Vergangene Woche ließ Werner Faymann sein Parteipräsidium einfach ausfallen – aus Termingründen, hieß es. Proteste gab es keine. Die Funktionäre schienen froh, sich die zweimalige Anreise nach Wien zu ersparen, schließlich mussten sie am Samstag ohnehin zum Wiener Landesparteitag. Zu faul zum Reisen vor ÖVP-Chef Michael Spindelegger zwar nicht, er pilgerte vor zwei Wochen brav ins oberösterreichische Bad Hall, um sich und seine Ideen erstmals vor der Landeshauptleutekonferenz zu präsentieren. Danach gab es keine Diskussion und keine einzige Frage an ihn. Was ist da los? Kann es sein, dass nicht nur die Wähler das Interesse an den Politikern verloren haben, sondern auch die Politiker selbst?

Impressum

Falter, Zeitschrift für Kultur und Politik. 34. Jahrgang
Aboservice: Tel. +43-1-536 60-928 service@falter.at
Adresse: 1011 Wien, Marc-Aurel-Straße 9, Tel. +43-1-536 60-0, Fax +43-1-536 60-912.
Redaktion Steiermark: 8010 Graz, Jakominiplatz 18/2, Tel. +43-1-536 60-810, -811
Herausgeber: Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.
Medieninhaber: Falter Zeitschriften GmbH.
Chefredakteur: Armin Thurnher
Stellvertretende Chefredakteure: Florian Klenk, Klaus Nüchtern
Chefin vom Dienst: Isabella Grossmann, Marianne Schreck
Petra Sturm
Redaktion: POLITIK und MEDIEN: Stefan Apfl, Ingrid Brodnig, Joseph Gepp, Nina Horacek
Florian Klenk (Leitung), Barbara Tóth, KULTUR: Carsten Fastner, Wolfgang Kralicek, Klaus Nüchtern (Leitung), Michael Omasta
STADTLBEN: Christopher Wurm
Dobler (Leitung), Matthias Dusini
STEIERMARK: Herwig Höller, Donja Noormohdi (Kar.), Gerlinde Polster, Tiz Schaffer
WOCHE: Lisa Kiss (Leitung), Nathalie Großschädl
Ständige Mitarbeiter: POLITIK und MEDIEN: Sibylle Hamann, Franz Kössler, Kurt Langbein, Raimund Löw, Markus Marterbauer, Robert Missik, Thomas Vasek
KULTUR: Kirstin Breitenfellner, Sebastian Fasthuber, Bettina Hagen, Maya McKechney, Robert Rotifer, Joachim Schätz, Nicole Scheyerer, Gerhard Stöger, Jan Tabor
STADTLBEN: Andrea Maria Dusl, Florian Holzer, Peter Iwaniewicz, Nina Kaltenbrunner, Doris Knecht, Heidi List, Werner Meisinger, Wolfgang Paterno, Hermes Phettberg, Johann Skocek, Birgit Wittstock
STEIERMARK: Hermann Götz, Markus Guldenschuh, Christof Huemer, Wolfgang Kühnelt, Florian Labitsch, Christoph Marek, Maria Motter, Paul Pechmann, Anja Reiter, Ulrich Tragatschnig
WOCHE: Bernhard Kern, Michaela Pichler, Katharina Seidler, Barbara Predin
Redaktionsassistent: Tatjana Ladstätter
Fotografen: Heribert Corn, Julia Fuchs, Katharina Gossow, Hans Hochstätter, J.J. Kucek (Steiermark), Christian Wind
Art Direction: Dirk Merbach
Produktionsleitung: Raphael Moser
Grafik: Barbara Blaha, Marion Großschädl, Reini Hackl, Martin Hofbauer (Stmk.), Christian Sulzenbacher
Korrektur: Hildegard Atzinger, Reinhard Czar (Stmk.), Helmut Gutbrunner, Ulrike Hirhager, Patrick Sabbagh, Maria Schiestl, Rainer Sigl, Anna Szirma, Gerhard Unterthurner, Marie Yazdanpanah
Geschäftsführung: Siegmund Schlager
Finanz: Michael Geringer
Marketing: Herwig Baumberger, Barbara Prem
Anzeigenleitung: Sigrud Jöhler
Abwicklung: Franz Krafnitzer, Oliver Pissnigg
Abonnement: Birgit Bachinger
Datentechnik: Erwin Brandstetter, Bernhard Mager
Vertrieb: Morawa, 1140 Wien, Hackinger Straße 42
Druck: Goldmann Druck AG, 3430 Tulln
Erscheinungsort: Wien. P.b.b., Verlagspostamt 1011 Wien
E-Mail: wienzeit@falter.at
Programm-E-Mail: kiss@falter.at
Homepage: www.falter.at
Der Falter erscheint jeden Mittwoch. Veranstaltungshinweise erfolgen kostenlos und ohne Gewähr. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27. DVR-Nr. 047 69 86. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten.



Kommentar Sport

Wikileaks in Grün, oder: Die Lebenslüge der Rapid-Welt

JOHANN SKOCEK

Der „Sport“ gründet sich auf das Dogma von der Besserung des Menschen. Der Körper gilt als Ansatzpunkt einer ganzheitlichen Menschenbildung. Riefenstahls Olympia-Filme von den Nazi-Spielen 1936 haben unter Ausbeutung antiken Vokabulars die ästhetische Formsprache definiert. Werte wie Anstrengung, Fairness und Unterwerfung unter einen Regelkanon stehen Marterlin gleich auf dem Weg der Menschheit von der Barbarei zur Zivilisation.

Als der vollschlanke Jüngling mit den Tattoos („seek and destroy“) Rapids heiligen Rasen erstürmte, widersetzte er sich der bürgerlichen Ordnung und ihrem ästhetischen Ideal. Er und seine Kumpane sind der (im mehrfachen Sinn) schlagende Beweis für die Lebenslüge des sportmedialen Komplexes. Die Appeasement-Politik der Rapid und ihres Fan-Beauftragten Andy Marek ist also Teil eines breiten Konsenses und lukrativen Geschäfts-zweigs und kann nicht auf falsch verstandene Toleranz reduziert werden.

Dietrich Mateschitz' Zuckerrosawelt von Rasenball bis Air Race ist bloß eine schillernde Spaßblase des ubersüßen Handels mit vergifteten Werten. Es gibt nämlich keinen Beleg für die These, dass Sport den Menschen besser macht. Er macht ihm bloß Spaß. Rapid verwandelt weder Spieler noch Anhänger und (schon gar nicht) Funktionäre in wertvollere Menschen – die Fans machen bloß Rapid zu einer besseren Marke. Das Geschäftsmodell „morals sell“ ist krisenfest und funktioniert in jedem Umfeld, von Nordkorea über Katar bis zu den Fidschiinseln und ruht auf den moralischen Felsen IOC und Fifa.

Die Invasion des Hanappi-Stadions während des Wiener Derbys war ein Leak. Wikileaks mit Rapid-Schal und Shades. Wie schon auf Julian Assanges Leaks reagierten Systemerhalter und -profiteure, in diesem Fall Funktionäre und Sportjournalisten, mit Abscheu und Angst vor dem Ende ihrer Welt. Das Urteil der Medientribunale: Stadionsperren.

In Wahrheit findet hier ein hegemonialer Diskurs statt, der sich als Sorge um die Welt tarnt und doch nur der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung dient. Nicht das verfaulte System soll reformiert, nur die Störenfriede, von Assange bis zu den Tattoo-Monstern, sollen verräumt werden. Die Gewalt der Hooligans ist bloß die zynische, brachiale, abstoßende Antwort auf die zynische Herrschaft von Kirchen wie Rapid (Austria, Frankfurt, Sturm Graz und der Ultra-Terror im Ausland). Nicht ehrliche Prediger sind mit ihrem Glauken gescheitert, vielmehr sind Trickbetrüger in ihrem eigenen Spiel geschlagen worden.

Kommentar Hochschulpolitik

So funktioniert Demokratie nicht: die traurige ÖH-Wahl

INGRID BRODNIG

Die ÖH-Wahl ist geschlagen, die Ergebnisse sind lehrreich. Die gute Nachricht zuerst: Die Studenten schreiten wieder vermehrt zu den Urnen. Der rote VSSÖ konnte die größten Zugewinne verzeichnen, er sieht sich nicht als reine Serviceeinrichtung, sondern als reformerische Kraft. Die Studententagpolitiker haben weiterhin die Legitimation, von der Politik ernst genommen zu werden.

Nun zur schlechten Nachricht: Eine Reform der ÖH-Wahl ist unabdingbar. Das derzeitige Wahlsystem ist unausgewogen, kompliziert, ja undemokratisch.

Bis zum Jahr 2004 wählten die Studenten ihr Parlament direkt. Schwarz-Blau schaffte die Direktwahl ab. Seither wählen Studenten ihre örtliche Uni-Vertretung, gleichzeitig entscheidet diese Stimmabgabe, wer bundesweit das Sagen hat.

Die Mandatsverteilung ist umständlich und mitunter ungerecht. So zählt eine Stimme an einer kleinen Uni wesentlich mehr als an einer großen Universität.

Noch skurriler ist das System an den Fachhochschulen: Die wählen noch bis 9. Juni ihre ÖH-Vertreter. Doch an den FH gibt es keine Fraktionen. Die FH-Studenten dürfen nur Einzelpersonen zum Studiengangssprecher wählen. Danach ist mit der Direktwahl Schluss. In einem demokratischen Stille-Post-Spiel werden die ÖH-Mandatare ausgesucht. Die FH-Studenten bekommen keine Möglichkeit, für ein Programm oder für Inhalte abzustimmen.

Der neue Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle hat Reformbereitschaft signalisiert. Denn bei der jetzigen Regelung verkommt Demokratie zur Farce. Das ist nicht die Schuld der Studententagpolitiker, sondern jene der großen Politik.

Am Ende doch noch etwas Gerechtigkeit

Ratko Mladics Verhaftung ist trotz allem ein Sieg für die internationale Gerichtsbarkeit – 16 Jahre nach Srebrenica

KOMMENTAR: GERALD KNAUS

Am Anfang stand ein Traum: das erste internationale Gericht seit Nürnberg, 1993 ins Leben gerufen vor dem Hintergrund der Grausamkeiten auf dem Balkan. Dem Traum folgte die Ernüchterung. Als der erste Präsident des Gerichtshofs in Den Haag erschien, gab es weder Mittel noch einen Willen, ja im ersten Jahr nicht einmal einen Staatsanwalt. Es gab weder Verhaftungen noch Kooperation der internationalen Staatengemeinschaft. Vielen schien der eben erst eingerichtete Gerichtshof schon wieder lästig, eine Bürde auf der Suche nach einem, nach irgendeinem Frieden.

Auf die Ernüchterung folgte der Albtraum. Im April 1993 überfielen kroatische Paramilitärs das bosnische Dorf Ahmic bei Vitez und ermordeten über 100 muslimische Zivilisten. Im Sommer 1995 kam es zum Völkermord in Srebrenica. Keine der Kriegsparteien hatte auch nur einen Moment gezögert, Verbrechen zu begehen – trotz aller Rhetorik in Den Haag und bei der UN. Der Krieg ging weiter. Srebrenica stellte den Gerichtshof endgültig bloß, ein Feigenblatt für verschämtes Wegschauern, ein Monument der Feigheit. Der Traum, dass auch Staatenlenker zur Rechenschaft gezogen werden könnten, verschwand.

Es war nach drei Jahren Krieg auch nicht der Gerichtshof, der die Waf-

fen zum Schweigen brachte. „Oluja“ (Sturm) hieß der kroatische Feldzug, der den Mythos von der unbesiegbaren serbischen Kriegsmaschine 1995 ins Wanken brachte, aber auch weitere Ungerechtigkeiten, Vertreibungen und Kriegsverbrechen mit sich brachte. Auf Oluja folgten das Bombardement serbischer Stellungen in Bosnien durch die Nato und die Friedensverhandlungen in Dayton.

Die starken Männer in Dayton waren eben noch Hauptakteure im Krieg in Bosnien: Milosevic und Tudjman. Das Ergebnis war ein Kompromiss. Als die Waffen in Bosnien endlich schwiegen, sprachen wieder nur wenige von Gerechtigkeit. Milosevic war nun Garant für den Frieden in Bosnien, Tudjman in den Augen vieler der eigentliche Gewinner der Balkankriege. In Bosnien wurde Karadzic erneut zum Parteichef gewählt.

Mehr als 15 Jahre sind seitdem vergangen. Eine Zeit, in der die drei Armeen in Bosnien durch eine Armee ersetzt wurden. In der in Serbien erneut Krieg geführt wurde (1999 um den Kosovo), Milosevic im Oktober 2000 von seinen eigenen Landsleuten in Belgrad gestürzt und nach Den Haag geschickt wurde und in der sich Serbien, trotz vieler Rückschläge – unter anderem die Ermordung von Premier Zoran Djindjic –, letztlich auch entschloss, Kroaten auf dem Weg in die Europäische Union folgen zu wollen. 15 Jahre, in denen Bosnien friedlich blieb, trotz aller Warnungen jener, die 1995 vorhergesagt hatten, Bosniens Völker (manche sprachen in den 90er-

Jahren gar verächtlich von „Stämmen“) könnten unmöglich friedlich zusammenleben. 15 Jahre, in denen der Haager Gerichtshof, langsam, aber immer deutlicher, zur wichtigsten Institution bei der Befriedung einer einstmalig hoffnungslos scheinenden Region wurde.

Mit der Verhaftung von Ratko Mladic letzte Woche ist die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen. 161 Anklagen hat der Gerichtshof erhoben. Nur noch ein Angeklagter ist auf der Flucht. Srebrenica wurde als Völkermord anerkannt, Tudjman als Mitglied einer verbrecherischen Vereinigung bezeichnet, erstmals auch ein amtierender Staatspräsident (Milosevic) angeklagt, ebenso ein Premierminister (Ramush Haradinaj im Kosovo).

Was bedeutet die Verhaftung Mladics im serbischen Abbottabad für den Balkan und Europa? Und was bedeutet sie für das Versprechen von 1993, dass es etwas wie Gerechtigkeit in der internationalen Politik geben könnte? Zunächst einmal hat die Geschichte des Gerichtshofs gezeigt: Gerechtigkeit ist teuer. 1,9 Milliarden Dollar wird sie nach eigenen Schätzungen bis Ende 2011 kosten. Gerechtigkeit braucht auch Prinzipientreue und eine glaubhafte Vision von einer besseren Zukunft. Ohne die Bedingungen der EU und den Wunsch der Serben und Kroaten, eines Tages der EU beizutreten, wären Kriegstreiber wie Ante Gotovina, Karadzic oder Mladic heute noch frei. Dennoch hat sich diese Investition ausgezahlt. Denn es wurden nicht nur Individuen verur-

teilt, sondern auch ihre Ideen: Heute sind Tudjman und Karadzic keine Helden mehr, sondern in den Augen der Welt – und auch vieler ihrer Landsleute – Verbrecher.

Für Serbien ist es eine Chance, aber auch eine enorme Verantwortung. Nun ist ein erstes Hindernis entfernt, weitere Schritte müssen folgen. Dennoch wäre es töricht von der EU, jetzt nicht rasch zu reagieren und zu zeigen, dass sich die Kooperation der Regierung in Belgrad auszahlt. Der Kandidatenstatus und auch ein Datum für den Beginn von Beitrittsgesprächen sollten in jedem Fall folgen.

Auch für die EU ist die Verhaftung eine Chance und eine Erinnerung an ihren oft vergessenen Einfluss. Seit es die neuen Instrumente der gemeinsamen europäischen Außenpolitik gibt, hat die EU eigentlich nur auf dem Balkan Erfolge errungen. Zumindest dort. Wer würde die Union im Rest der Welt ernst nehmen wollen, wenn es ihr nicht gelingt, in dieser Region Einfluss auszuüben?

So gibt es heute, nach dieser Verhaftung, viele Gewinner: die Ideen der internationalen Strafgerichtsbarkeit, die späte Genugtuung der Opfer. Die europäische Zukunft Serbiens. Die Glaubwürdigkeit der EU. Das ist nicht wenig in Zeiten wie diesen.

Gerald Knaus ist Direktor des Think-Tanks European Stability Initiative. Er lebte lange Zeit in Sarajevo



Im Zeichenraum Der Cartoon zur Woche



TEX RUBINOWITZ

Kolumne Außenpolitik

Gebetbuch statt Facebook? Was Revolutionäre fürchten

FRANZ KÖSSLER

Vier Monate nach dem Beginn des Aufstands in Ägypten ist die Protestbewegung aus den Schlagzeilen verdrängt worden. Zu Unrecht, denn jetzt entscheidet sich, wohin sich die arabische Welt entwickeln und wie stark die Rolle der Islamisten an der Südgrenze Europas sein wird.

Offensichtlich ist, dass es keinen einheitlichen Fortschritt Richtung Demokratie geben wird. Das, was zunächst die Stärke der Bewegungen ausmachte, die sich gegen die Despotien formierten, nämlich das Fehlen einer geschlossenen Ideologie und einer führenden Organisation, wird jetzt zu ihrer Schwäche: Die Opposition ist gespalten und uneinig über das anzustrebende Ziel.

Vergangenen Freitag versammelten sich wieder Tausende auf dem Tahrir-Platz in Kairo, um radikalere Reformen und die Abrechnung mit dem alten Regime zu fordern. Die stärkste oppositionelle Organisation jedoch fehlte: Die Muslimbrüder hatten sich zurückgezogen, um die Generäle, die das Land bis zu den Wahlen regieren, nicht zu irritieren. Die Bruderschaft, die ihre Mitglieder in eine enge hierarchische Struktur einbindet, ist die einzige Kraft, die für die freien Wahlen im Herbst gerüstet ist. Sie hatte sich bereits unter Mubarak in der Illegalität organisiert, während die liberalen Kräfte bei null anfangen müssen. Vor allem unter der einfachen Bevölkerung breitet sich der Einfluss der Religiösen aus. Die Strukturen des alten Regimes sind zusammengebrochen, die Muslimbrüder helfen mit Lebensmitteln, medizinischer Betreuung, Unterricht.

Die junge, liberale Facebook-Opposition kann auf praktisch-organisatorischer Ebene nicht mithalten. Dafür wirkt ihre Anziehungskraft auch hinein in die Bruderschaft, die 1928 mit dem Ziel gegründet wurde, das verlorengegangene Kalifat, den religiösen Staat, wieder aufzubauen. Dafür sind die jugendlichen Demonstranten kaum noch zu begeistern. Viele von ihnen bekennen sich zum Slogan, der auf dem Tahrir-Platz zu lesen war: Die Religion gehört zu Gott, das Vaterland gehört uns allen – ein modernes Verständnis vom Verhältnis zwischen Staat und Religion, nach dem Vorbild der AKP in der Türkei. Doch vorerst geben noch die traditionellen Islamisten den Ton an.

Bis zu den freien Wahlen ist deren realer Einfluss schwer einzuschätzen. Aber es macht sich Angst vor ihnen breit. In Tunesien, dem Ursprungsland der Protestwelle, wird im Juli gewählt. Sollte sich dann die Macht von der bisherigen proeuropäischen Bildungselite auf die islamistische Landbevölkerung verlagern – warnt ein führender Politiker –, werden die

Streitkräfte das Ergebnis nicht hinnehmen. Wie im benachbarten Algerien, wo das Militär seit fast 20 Jahren mit Waffen und Folter gegen die islamistische Opposition kämpft, die damals kurz vor dem Wahlsieg gestanden hatte. Der Ausgang des Volksaufstands ist selbst in den beiden Staaten, in denen er das alte Regime zu Fall gebracht hat, noch lange nicht gewiss.

Je mehr Zeit vergeht, desto deutlicher werden die Grenzen der Bewegung, die die arabische Welt erfasst hat. In Libyen gelingt es den Aufständischen trotz massiver Nato-Unterstützung nicht, Gaddafi zu vertreiben. Es sind nicht zuletzt auch Stammesrivalitäten, die eine geschlossene Volkserhebung gegen die Terrorherrschaft bisher verhindert haben. Und Syriens Opposition, die einen heroischen Widerstandsgestalt beweist, ist uneinig, religiös gespalten und ethnisch zersplittert. Das Assad-Regime festigte seine Macht, während es Reformen

Dass Ideologie und Organisation fehlen, wird jetzt zur Schwäche der arabischen Aufstandsbewegungen

versprochen hatte – jetzt schlägt es den Aufstand mit ungehemmter Brutalität nieder, unterstützt von iranischen Beratern. Anders als in Ägypten sind Militär und politische Macht in Syrien aufs Engste verflochten.

Geopolitisch ist das Land der zentralen Schnittpunkt der entgegengesetzten Interessen der Region, vom Iran bis zum Libanon, von Israel bis zur Türkei. Die Türkei zählt zu den Verlierern: Sie hatte die Demokratiebewegung in Syrien früher unterstützt als die USA und Europa, es war Teil ihrer neuen, eigenständigen Außenpolitik. Durch Assads Entscheidung für die blutige Repression sind die Ambitionen der Türkei, eine zentrale Rolle in einer demokratisierten islamischen Welt zu spielen, vorerst zerstört. Dagegen bietet sich Saudi Arabien als neue Ordnungsmacht an, um die Volksaufstände möglichst bald in den Griff zu bekommen. Finanzhilfen sollen die neuen Demokratien stabilisieren und ein Beistandspakt den bedrohten Monarchien notfalls auch militärischen Schutz gewähren. So soll der Einfluss des Iran eingegrenzt und die eigene Autokratie vor dem Volk behütet werden.

Franz Kössler ist außenpolitischer Kommentator des Falter

